

Menschenwürdige Arbeit weltweit sichern - Unternehmen müssen sich stärker engagieren



Zum Internationalen Tag der Arbeit am 1. Mai erklärte Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller:

"Arbeitnehmerrechte enden nicht in Deutschland oder Europa. Wir müssen menschenwürdige Arbeit weltweit sichern. Am Anfang eines jeden Produkts steht ein Mensch, der von seiner Arbeit leben muss. Aber viele unserer täglichen Produkte werden in Entwicklungsländern unter ausbeuterischen Bedingungen hergestellt. Zum Beispiel stammen 90% unserer Kleidung aus Südostasien. Oft bedeutet das: 16-Stunden-Schichten in stickigen Fabriken, Kündigung bei Schwangerschaft. Und das alles für einen Hungerlohn, der kaum für Miete, Essen und den Schulbesuch der Kinder reicht. Weltweit müssen 150 Millionen Kinder auf Kaffee- oder Kakao-Plantagen, in Fabriken oder Steinbrüchen schuften, weil die Eltern keine existenzsichernden Einkommen erhalten.

Zurecht würden wir diese ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in Deutschland nicht akzeptieren. In Entwicklungsländern nehmen wir sie aber hin, als ob die Menschen weniger Wert wären. Das ist inakzeptabel. Grundlegende Arbeitsrechte sind Menschenrechte und nicht verhandelbar.

Viele Unternehmen gehen hier voran. Aber nicht alle stellen sicher, dass in ihren Lieferketten Menschenrechte und soziale Mindeststandards eingehalten werden. Unternehmen müssen ihrer Verantwortung noch stärker nachkommen, damit Menschen in Entwicklungsländern sich und ihre Familien von ihrer Arbeit ernähren können. Nur dann haben sie eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat."

Um die Durchsetzung der Menschenrechte in globalen Lieferketten voranzubringen, hat die Bundesregierung den "Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte" beschlossen. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern müssen jetzt zeigen, wie sie ihren Sorgfaltspflichten in ihren gesamten Lieferketten nachkommen. Derzeit läuft die Überprüfung. Die Ergebnisse liegen 2020 vor. Auf dieser Grundlage wird die Bundesregierung entscheiden, ob die freiwilligen Ansätze ausreichen, oder eine gesetzliche Regelung erforderlich ist. So ist es im Koalitionsvertrag festgelegt.

Die Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern sind zentraler Schwerpunkt des Entwicklungsministeriums (BMZ). Dazu arbeitet es mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zusammen. Gemeinsam mit der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft engagiert sich das BMZ zudem im Textilbündnis, dem Kakaoforum und der Global Coffee Platform für bessere Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern.

Seit 1890 demonstrieren zum 1. Mai weltweit Menschen für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.